

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

Bonn, den 15. Juni 1962

P/XVII:124

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 Späte Einsicht 28

Endlich Klärung des Hochschulproblems in NRW

1 Frankreich und die "Algerienfranzosen" 2

In Erwartung von 500 000 Flüchtlingen

2 - 3 Deutsche Einheit und politische Bildung 61

Eine verdienstvolle Tagung des  
Kuratoriums Unteilbares Deutschland

4 - 5 Unaufhaltsamer Vormarsch der SPD 54

Aufschlussreiche Zahlen aus Schleswig-Holstein

5 Soziale Frage - Teil der Bildungsaufgaben 18

Bedeutliche Hinweise von Tacke und Schütte

Der Auslandsbericht:

6 - 7 Schweden zögert 55

Grossbritannien, Skandinavien und die EWG  
Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan

7 "Das Tuthorn der CDU" 19

ADK-Präsident dipl. sc. pol. Hans Edgar Jahn  
ist auch Dr. rer. pol.

### Späte Einsicht

sp - Der deutschen Öffentlichkeit war der jahrelang hingezogene Streit, ob und wo eine neue Universität im Ruhrgebiet errichtet werden sollte, unverständlich. Die CDU-geführte Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, des grössten Industrielandes der Bundesrepublik, verschob immer wieder die Entscheidung, ja sie bestritt zeitweise sogar die Notwendigkeit der Errichtung einer neuen Universität und verschloss sich den schreibbegründeten Argumenten der Sozialdemokratie und des Deutschen Wissenschaftsrates. War es der bevorstehende 8. Juli, der Tag der Landtagswahlen, der die Regierung Meyers zum Umschwenken veranlasste? Nun soll es gleich z w e i Hochschulen geben: eine Universität in Bochum und eine Technische Hochschule in Dortmund. Ministerpräsident Meyers gab dafür sein Ehrenwort, obwohl es nicht der KR, sondern der neue Landtag sein wird, der den gewaltigen Kostenaufwand von rund 1,7 Milliarden DM zu decken hat.

Die Entscheidung ist zu begrüssen. Es fehlen in der Bundesrepublik bereits heute 45 000 Techniker und 50 000 Ingenieure. 1970, also in acht Jahren, werden fast die Hälfte aller technischen Schlüsselpositionen in der Industrie nicht besetzt werden können. "Wenn wir," sagte Brandt auf dem Kölner SPD-Parteitag, "unser Schulwesen auf den Stand bringen, der einer halbwegs wohlhabenden Industrienation in der Mitte des 20. Jahrhunderts angemessen wäre, dann ergibt sich bis 1970 ein Defizit von 100 000 Lehrern." Das sind erschreckende Zahlen, sie zeigen die Grösse der vor uns stehenden Aufgaben. An ihrer Lösung hat sich der Selbstbehauptungswille unseres Volkes zu bewähren. Auf schulischem Gebiet und in Bereich von Wissenschaft und Forschung besteht ein Notstand. Der parlamentarischen Opposition in Nordrhein-Westfalen und einer aufgeklärten Öffentlichkeit ist es nun gelungen, auch Widerstrebende zu besseren Einsichten zu bekehren. Dieses Verdienst kann die Regierung Meyers nicht verdunkeln.

+ - +

### Frankreich und die "Algerienfranzosen"

sp - Die rechtseradikale Terrororganisation der Algerienfranzosen, OAS, sorgt durch Brandstiftungen, Attentate und Überfälle dafür, dass der Flüchtlingsstrom von Algerien nach Frankreich immer stärker wird. Es ist damit zu rechnen, dass Frankreich ungefähr eine halbe Million Algerienfranzosen aufnehmen und in irgendeiner Form in das nationale Leben einfügen muss. Wirtschaftlich dürfte dies nicht allzu schwer sein, da nach den letzten Nachrichten die französische Wirtschaft im Jahre 1961 mit einer aktiven Bilanz abschliesst. Politisch dagegen ist mit einer Rechteradikalisierung des öffentlichen Lebens zu rechnen. Sehr viele Algerienfranzosen fühlen sich von de Gaulle "betrogen"; ihr Bestreben ist es, im Mutterland den Kampf gegen das "verhasste System" fortzusetzen. Der Staatspräsident will ganz offenbar die zu erwartende Radikalisierungswelle dadurch abfangen, dass er durch die direkte Ansprache an das Volk den Sinn für die Verantwortung und die Realitäten zu wecken versucht. Wo de Gaulle persönlich auftritt, dürfte ihm dies gelingen. Aber sobald er seinen Zuhörern den Rücken kehrt, bahnt sich das politische Abenteuerertum wieder den Weg an die Oberfläche. Da de Gaulle darauf verzichtet, die demokratischen Parteien - die es in einer Demokratie normal wäre - an der Verantwortung für das Geschehen im Staat zu beteiligen, muss er mit dem guten Willen der Mehrheit des französischen Volkes rechnen, die ihm allein bei der Bewältigung der noch vor ihm stehenden Aufgabe behilflich sein kann.

+ + +

## Deutsche Einheit und politische Bildung

Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat im Rahmen der "Berlin-Woche" in München eine Tagung über "Die deutsche Frage im Bildungswesen" abgehalten.

BdZ. - Zwei große Themenkreise bestimmen die politische Bildungsarbeit in unseren Schulen: Die Formen des parlamentarisch-demokratischen Systems und die "Bewältigung der Vergangenheit". Von beiden Themenkreisen ergeben sich selbstverständlich Verbindungslinien zur "deutschen Frage" von heute. Darüber aber, wie das Thema Wiedervereinigung in der politischen Bildungsarbeit der Schulen und Hochschulen und in der Erwachsenenbildung im einzelnen zu behandeln ist, herrscht noch keine rechte Klarheit.

### Was ist "Politik"?

Nur muß auch in diesem Zusammenhang wieder die Grundfrage stellen: Was ist eigentlich Politik? Politik, so beantwortet Professor Bergsträsser von der Universität Freiburg die Frage, "ist Kampf um Gerechtigkeit und Einsicht in die bedingende Gewalt dessen, das im Werden ist". Damit grenzt sich Bergsträsser mit großer Deutlichkeit von jenen Denkern ab, für welche Politik nichts anderes als Bewahrenwollen des Gewachsenen ist. Politik muß einem engagierten Denken anvertraut werden und der Kontrolle kritischen Denkens unterstehen. Das politische Urteil ist auf die Kenntnis der Gesellschaft und ihrer Strukturzusammenhänge angewiesen - sonst ist es blind gegenüber den Gefügewängern der modernen Organisationsform.

Weder das Verständnis für Politik noch die Bewertung einer politischen Situation dürfen wir dem Gefühl überlassen. Für Bergsträsser ist Politik lediglich eine Aktionsform, die ihre Ziele von übergeordneter Instanz her erhält und die nicht "aus dem Tag heraus" betrieben werden kann: "Die Prioritäten in der Politik ergeben sich aus der philosophischen Fundierung des Urteils."

### Gehorchen oder denken?

Wer heute die Schule verläßt, sollte wissen, wie die Gesellschaft, in die er hineintritt, eigentlich geordnet ist und wie sie funktioniert - aber er weiß es nicht. Politische Bildungsarbeit in den Schulen ist gehandikapt, wenn sie nicht über das Normale hinaus die Kernthesis des Lebens der demokratischen Institutionen vermittelt. Wir brauchen das lebendige Interesse der Jugend und deshalb müssen wir "die Dinge einfach sagen, ohne daß sie ihre Konturen verlieren".

Allerdings sind die notwendigen Voraussetzungen für die politische Bildung in der Bundesrepublik noch lange nicht gegeben: Mangel an Lehrern, Mangel an erprobtem Lehrmaterial und Mangel an Forschungsinstituten!

Die Amerikaner verfügen über Dutzende solcher Forschungsinstitute. Deshalb liefern sie auch zusammen mit den Engländern 90 Prozent der für die politische Bildungsarbeit brauchbaren Literatur. Muß das sein? Müßten wir so weit zurückfallen? Hinzu kommt, so meint Professor Bergsträsser weiter, in manchen unserer Bundesländer ein unhaltender Widerstand gegen die politische Bildungsarbeit. Zudem fehlt es in der Erwachsenenbildung an einer geordneten Laufbahn. Entscheidende Bedeutung für die Wirksamkeit der politischen Bildungsarbeit mißt Professor Bergsträsser der Presse zu. Es hängt zu einem erheblichen Teil von ihr und den anderen Kommunikationsmitteln ab, "ob der Staatsbürger veranlasst wird, zu gehorchen oder zu denken". Daß die Parteien die Bildungsarbeit unterstützen sollten, um so den "Antiparteien-Affekt" zu überwinden, versteht sich von selbst.

### Nicht provinziell denken!

Wir können es uns heute nicht mehr leisten, provinziell zu denken. "Wir haben einen weltpolitischen Horizont zu haben, von dem aus wir die deutsche Frage anpacken müssen!" Die deutsche Frage ist die Konsequenz einer veränderten Weltlage. Aber Veränderungen der Weltlage muß man vorher begreifen: "Man darf nicht von der Weltgeschichte beleidigt sein, sondern muss sie ins Auge fassen!" Wenn Professor Bergsträsser auf die "deutsche Frage" zu sprechen kommt, zeigt sich, wie fruchtbar es ist, sich geschichtsphilosophische Gedanken zu machen, bevor man sich dem eigentlichen Politikum zuwendet. Welchen Geistes, fragt Bergsträsser, wird die deutsche Politik der Zukunft sein? Und mit großer Eindringlichkeit: "Welche Welt wollen wir unseren Enkeln und den Enkeln der anderen überlassen?"

Die Weltlage ist heute durch universale Spannungen gekennzeichnet, in denen Deutschland sowohl Objekt als auch Subjekt ist. Gesellschaftspolitik und internationale Politik sind heute miteinander verwoben. Professor Bergsträsser zitiert Sékou Touré, der sich auf Rousseau und Babeuf beruft und stellt fest: Ideologien, Grundvorstellungen sind heute weltpolitische Kräfte. Natürlichwisse der Frieden erhalten werden, aber er ist nicht nur wünschenswert, "sondern man muß ihn auch herbeiführen". Dazu bedarf es einer Menge technisch-wissenschaftlich-strategischer Kenntnisse. "aber die hatten wir bisher nicht mal minimal in Deutschland!" Zum Beispiel mußte der Hamburger Senator Helmut Schmitt erst nach Princetown fahren, um sein vorzügliches Buch schreiben zu können!"

\* \* \*

Gerade in diesem Augenblick schreibt ein führender SPD-Politiker zum 17. Juni unter anderem folgende Zeilen: "Die Menschheit kann nicht daran vorbeisehen, daß unsere Forderung, auch dem ganzen deutschen Volk die Menschenrechte, das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren, ein Teil des erdumspannenden Ringes darum ist, die in der Charta der Vereinten Nationen verheißenen Menschenrechte tatsächlich überall durchzusetzen."

Es ist reizvoll zu sehen, in wie hohem Maße mit diesen politischen Ansätzen die geschichtsphilosophischen Dekorationen des Freiburger Professors zur Deckung kommen. "Politik kann heute in Deutschland nicht mehr wie vor 50 Jahren gemacht werden." Und: "Die deutsche Spaltung mit ihrem menschlichen Leid ist stellvertretendes Leiden des deutschen Volkes für die Zukunft der Welt."

\* \* \*

Bis in die kleinen Gemeinden

Unaufhaltsamer Vormarsch der SPD

sp - Die politischen Parteien in Schleswig-Holstein werden in den nächsten Wochen ihre Landesparteitage durchführen und dann, nach einer kurzen Sommerpause, soll der Wahlkampf für die am 23. September angesetzten Landtagswahlen beginnen. Das dann zu wählende Landesparlament wird viereinhalb Jahre im Amt bleiben, um durch die einmalige Verlängerung der Legislaturperiode einen praktischen Rhythmus zu den Etatberatungen für das jetzt mit dem Kalenderjahr zusammenfallende Haushaltsjahr zu erhalten.

Rechtzeitig hat das Statistische Landesamt in Kiel die Ergebnisse der letzten Kommunalwahl vom 11. März mit allen seinen Einzelheiten herausgegeben und auf die Landtagswahlkreise, also im Blick auf den 23. September, umgerechnet. Die Wahlkampfleitungen der politischen Parteien, die schon bestimmt sind, werden daraus sicher ihre Schwerpunktgebiete herausnehmen. Ganz besonders interessant aber zeigt der Bericht das Vordringen der Sozialdemokraten im nördlichen Bundesland nunmehr bis hinunter in die kleinen Gemeinden.

In den Großstädten Kiel, Lübeck und Neumünster wurde die SPD in ihrer Position als stärkste Partei bestätigt. Beachtlich aber ist, dass sie in den Mittelstädten zwischen 25 000 und 50 000 Einwohnern Grösse mit 39,9 Prozent der abgegebenen Stimmen jetzt vor den Christlichen Demokraten rangiert, die 39,1 Prozent bekamen. Fast sensationell ist aber die Tatsache, dass die SPD in der Grössenklasse von 10 000 bis 25 000 Einwohnern mit 42,6 Prozent zum Zuge kam, während die Christlichen Demokraten im Lande der bäuerlich orientierten Kleinstädte auf 39 Prozent zurückfielen. Bei den Städten zwischen 5 000 und 10 000 Einwohnern Grösse, also den kleinen Marktflecken, gab es sogar ein Kopf-an-Kopf-Rennen, was man früher nicht für möglich gehalten hätte: SPD = 39,1 - CDU = 39,8 Prozent.

Nun, das Kommunalwahlresultat ist auch schon auf das Landtagsgeschehen umgerechnet worden. Die neue Zusammensetzung des Parlaments wäre bei gleichbleibenden Wählerwillen nunmehr: 31 CDU, 29 SPD, 8 FDP und 1 SSW. Das bedeutet einen Rückfall bei der CDU um zwei Mandate und einen Gewinn bei der SPD von drei Mandaten. Die FDP würde von drei auf acht emporschnellen. Wenn man vor dem Hintergrund dieser statistischen Zahlen

15. Juni 1962

über das dynamische Vordringen der Sozialdemokraten in die Mittel- und Kleinstädte berücksichtigt, so könnte das Ergebnis noch vorteilhafter für die SPD aussehen.

Klar ist jedenfalls schon heute, dass zum ersten Male nach 1950 eine stabile und harmonische Koalition aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten in Schleswig-Holstein möglich wäre. Ministerpräsident von Hassel mit einigen seiner Leute, die grundsätzlich jede Koalition mit den Sozialdemokraten verneinen, müsste sich bei dieser Tendenz auf seine Parteifunktionäre zurückziehen. Der FDP-Landesvorsitzende Justizminister Dr. Leverenz hat sich auch vor einigen Wochen in Husum gar nicht gescheut, seinem Bundesvorsitzenden Dr. Erich Wende rundheraus zu sagen, in Schleswig-Holstein sei es durchaus nicht ohne weiteres so, wie die Bundespartei wolle, nämlich die erneute Gründung einer CDU-FDP-Koalition.

Und noch eines bestätigt die Wahlanalyse des Statistischen Landesamtes: Auch bezogen auf die Bundestagswahlkreise ist der Vormarsch der Sozialdemokraten im Norden nicht mehr zu übersehen. Am 17. September 1959 bekamen sie nur einen direkten Sitz, nämlich in Kiel. Bei der Kommunalwahl am 11. März 1962 ergab die Umrechnung für die Sozialdemokraten bereits fünf direkte Mandate.

+ + +

#### Soziale Frage - Teil der Bildungsaufgaben

sp - In Wiesbaden hat der stellvertretende DGB-Vorsitzende Bernhard T a c k e vor der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände darauf hingewiesen, wie sehr heute die sozialen Fragen ein Teil der allgemeinen Bildungsaufgaben sind. Das ist ein beachtlicher Gedanke, der hoffentlich bald im allgemeinen Bildungswesen seinen Niederschlag finden wird. Die moderne Industriegesellschaft mit ihrer komplizierten Gesellschaftsstruktur erlaubt uns heute kaum noch die Trennung des Begriffes "Bildung" vom Begriff "soziale Frage". Beides fließt ineinander, wie seit geraumer Zeit schon "Wirtschaft" und "Politik" in vielfacher Hinsicht eine Einheit geworden sind. Von der Erkenntnis dieses Tatbestandes bis zu seiner Nutzung im Bildungs- und Erziehungswesen ist jedoch noch ein langer Weg zurückzulegen. Deshalb kann nur begrüßt werden, dass auch der hessische Kultusminister Ernst S c h ü t t e auf der gleichen Tagung forderte, man müsse sich bemühen, die grossen sozialen Aufgaben der Bildung mit entsprechenden Maßstäben zu bewältigen. - Auch hier zeigt sich eine der grossen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes, deren Lösung eine zwingende Notwendigkeit ist, wenn die Bundesrepublik wirklich ein sozialer Rechtsstaat werden soll.

+ - +

Schweden zögert

Grossbritannien, Skandinavien und die EWG

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Mit erhöhter Spannung sehen die drei skandinavischen Länder den weiteren Verlauf der Verhandlungen zwischen Grossbritannien und der EWG entgegen. Der Anschluss Englands an die europäische Gemeinschaft ist für Dänemark und Norwegen zur Schicksalsfrage geworden, weil diese beiden Staaten ohne eine positive britisch-europäische Entscheidung aus sowohl wirtschaftlichen wie auch innen- und aussenpolitischen Gründen kaum eine Möglichkeit sehen würden, selbst in die EWG einzutreten. Aber auch für Schweden ist das Beispiel Grossbritanniens von entscheidender Bedeutung, vor allem deshalb, weil die britische Regierung sich moralisch verpflichtet hat, für die drei neutralen EFTA-Staaten (Schweden, Österreich und die Schweiz) eine zufriedenstellende Assoziierungslösung zu erreichen.

Die schwedische Regierung und der grösste Teil der schwedischen Öffentlichkeit verstehen nicht, dass die amerikanische Regierung weiterhin darauf zu bestehen scheint, für neutrale Staaten sei kein Platz in der EWG gegeben, weil dies nur die politischen Zielsetzungen der Gemeinschaft schwächen würde. Man sieht in maßgeblichen schwedischen Kreisen nicht ein, warum zwischen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Schwedens aussen- und militärpolitischer Neutralität eine unüberbrückbare Kluft vorhanden sein soll. Die drei skandinavischen Staaten haben zusammen eine weitaus grössere Einfuhr aus den EWG-Ländern als die Vereinigten Staaten.

Zweitens - so argumentiert man in Schweden - hätten weder Amerika noch Europa etwas davon, wenn Schweden als Eintrittskarte in die EWG seine Neutralitätspolitik revidieren müsste. Denn eine Änderung des schwedischen aussen- und militärpolitischen Kurses würde sofort die Lage in Finnland und damit im Norden in gefährliche Bewegung bringen. Nicht nur Schweden, sondern auch Dänemark und Norwegen (von Finnland ganz zu schweigen) haben deshalb die dringende Hoffnung, dass es England, den sozialistischen und liberalen Kräften innerhalb der EWG-Länder gelingen möge, die anti-neutralen Europäer umzustimmen.

Es ist schon ernst genug, dass ein Beitritt Dänemarks und Norwegens ohne eine Assoziierungsordnung für Schweden die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit im Norden stark beeinträchtigen würde. Der diesbezügliche Hinweis des britischen Labourführers Hugh Gaitskell während der EWG-Debatte im Unterhaus hat in allen nordischen Ländern grossen Widerhall gefunden und eine Welle von Zustimmungen in den verschiedensten Zeitungen und politischen Kreisen ausgelöst. Blicke Schweden "draussen vor der Tür", würde die in gewissen dänischen und

15. Juni 1962

norwegischen Kreisen vorhandene Ablehnung der EWG eine weitere Verbreitung finden und könnte die jetzige Mehrheitsbasis für den Anschluss Norwegens erheblich schmälern. In Dänemark, wo die Verhältnisse etwas anders sind, könnte eine nordische EWG-Krise dazu führen, dass die eben durchgeführten konjunkturpolitischen Vereinbarungen zwischen Regierung und Opposition, die dem Eintritt Dänemarks in die EWG Vorschub leisten sollen, wieder scheitern würden, was zwangsläufig Neuwahlen herbeiführen würde; davon hätten Aksel Larsens "Volkssozialisten" wahrscheinlich den grössten Nutzen.

Die Haltung der deutschen Sozialdemokraten in der EWG-Frage wird auch aus diesen Gründen lebhaft begrüsst, während die uneinheitlichen Reden auf dem CDU-Parteitag einen verwirrenden Eindruck hinterlassen haben. Man hofft in den nordischen Hauptstädten, dass die nicht ganz kurze Reihe von offiziellen und offiziellen westdeutschen Erklärungen über eine Vermittlerrolle Deutschlands in der Frage Grossbritannien - EWG auch einmal etwas Handgreifliches nach sich ziehen wird.

+ - +

#### "Das Tuthorn der CDU"

ADK-Präsident dipl. so. pol. Hans Edgar Jahn ist auch Dr. rer. pol.

sp - In unserem Pressedienst vom 8. Juni 1962 haben wir in einer Glosse mit der Überschrift "Das Tuthorn der CDU" darauf hingewiesen, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer den ADK-Präsidenten Hans Edgar Jahn vom dipl. so. pol. zum Doktor gemacht habe und dabei ausdrücklich vermerkt, man sollte Herrn Jahn nicht unterstellen, er habe derartigen Verwechslungen Vorschub geleistet. Nun erhielten wir von Herrn Jahn ein Telegramm aus K e m p t e n , durch das er uns mitteilt, er habe am 13. Mai 1959 an der Universität G r a z zum Doktor rer. pol. promoviert. Wir teilen dies unseren Abonnenten mit, um nicht zukünftiger Unterlassungen bei der Titulierung des Präsidenten der ADK Vorschub zu leisten.

\* \*  
\*

Unser Erstaunen über die Doktor-Titulierung des Herrn Jahn durch den Herrn Bundeskanzler hatte folgenden Grund: In keiner der uns bekannten Veröffentlichungen - auch nicht im letzten "WIR IST WIR?" - wird der ADK-Präsident mit Doktor tituliert. Sein Titel lautet überall "Dipl. so. pol.". Auch die Buchreklame des Günter Olzog Verlages in München für das Jahn-Werk "Von Bosphorus nach Hawaii" enthält lediglich die schlichte Verfasserangabe "Hans Edgar Jahn". Es war uns ferner nicht bekannt, dass Herr Dr. Jahn nach seinem Aussteigen als Kreissekretär der CDU in Husum in Graz (Österreich) zum Doktor rer. pol. promoviert hatte.

+ - +